

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 pd@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

I 166/2005 (BJD)

**Interpellation Fraktion SP/Grüne: Atommüll-Endlager im Kanton Solothurn? (28.09.2005)**

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zu einem geplanten Atommüll-Endlager im Kanton Solothurn?
2. Wie wird der Regierungsrat im laufenden Vernehmlassungsverfahren Stellung nehmen?
3. a) Welchen Beitrag gedenkt der Regierungsrat zu leisten an den vom Bund geplanten «nachvollziehbaren und transparenten Prozess» der Standortevaluation?  
 b) Im Besonderen: Wie plant der Regierungsrat den Einbezug und die Information der möglicherweise betroffenen Bevölkerung im Rahmen des nun anlaufenden Prozesses?
4. Teilt der Regierungsrat die öffentlich kommunizierte Haltung des Leiters des Amtes für Umwelt, dass grundsätzlich nichts gegen ein atomares Endlager im Kanton Solothurn spricht?

*Begründung (28.09.2005):* schriftlich.

Der Kanton Solothurn wurde als möglicher Standort für ein geologisches Tiefenlager bezeichnet. Damit geraten grosse Teile des Kantons Solothurn in den Fokus. Für Ende 2002 hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) den Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle eingereicht. Mit den Mitte September veröffentlichten Gutachten und Berichten wurde die technische Überprüfung durch die Bundesbehörden abgeschlossen. Die Nagra hält den Opalinuston in den Gebieten Zürcher Weinland, Nördlich Lägeren, Bözberg und Jurasüdfuss als geeignete Schicht für ein atomares Endlager.

Gleichzeitig hat Bundesrat Leuenberger einen Beirat eingesetzt, der die Erarbeitung des Sachplans «Geologische Tiefenlager» begleitet. Mitglied dieses Beirates ist auch Frau Regierungsrätin Esther Gassler. Im Sachplan soll das Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager festgelegt werden, wobei gemäss Bundesamt für Energie, die Sicherheit von Mensch und Umwelt oberste Priorität haben und die Standorte für geologische Tiefenlager in einem nachvollziehbaren und transparenten Prozess evaluiert werden sollen. Die Auflage der entsprechenden Berichte dauert bis am 12. Dezember 2005.

Andere Kantone haben rechtzeitig ihre Haltung dargelegt. So hat der Kanton Zürich bereits im April 2004 im Verbund mit seinen süddeutschen Nachbarn beim Bund die Forderung deponiert, es müssen alternative Standorte zum Zürcher Weinland gesucht werden. Von Seiten des Kantons Solothurn hat sich bisher nur der Chef des Amtes für Umwelt zur Frage geäussert: Der Kanton Solothurn sei schliesslich ein KKW-Standort und damit direkt in die Problematik involviert. Es sei aber eine andere Frage, sich für eine suboptimale Lösung zu entscheiden, wenn geologisch besser geeignete Formationen vorliegen würden. Der Schwerpunkt müsse bei einer möglichst fachgerechten Entsorgung liegen.

*Unterschriften:* 1. Brigit Wyss, 2. Thomas Woodtli, 3. Stephanie Affolter, Heinz Glauser, Iris Schelbert-Widmer, Martin Straumann, Urs Wirth, Barbara Banga, Susanne Schaffner, Niklaus Wepfer, Clemens Ackermann, Evelyn Borer, Hans-Jörg Staub, Marianne Kläy, Manfred Baumann,

Jean-Pierre Summ, Reiner Bernath, Ruedi Heutschi, Markus Schneider, Andreas Ruf, Urs Huber. (21)